

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: POR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): GL	Federführung: POR
----------------	---------------------------------------	-------------------

Arbeitstitel geplanter Beschluss:

Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der Landeshauptstadt München auf dem Arbeitsmarkt IV

1. Aufgabe

1.1 Beschreibung der Aufgabe:

Einführung Geschäftsprozessmanagement (GPM)/Geschäftsprozessoptimierung (GPO):

Durchführung von Organisationsprojekten mit dem Ziel, die Geschäftsprozesse im POR (und ggf. auch die darüber hinausgehenden Geschäftsprozesse) zu optimieren und dabei besonders die Zeitaufwände, den Ressourceneinsatz und damit die Wirtschaftlichkeit im Auge zu haben.

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe

freiwillige Aufgabe

bürgernahe Aufgabe

Daueraufgabe

zeitlich begrenzte Aufgabe

Begründung: Die Verpflichtung zu sparsamem und wirtschaftlichem Handeln zwingt dazu, künftig noch intensiver die Prozesse innerhalb der Verwaltung zu überprüfen und weiter zu optimieren.

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative
Veränderung der Aufgabe

neue Aufgabe

quantitative
Aufgabenausweitung

(die Pflicht zum GPM/GPO leitet sich aus dem Beschluss „Ausplanung des IT-Gutachtens zur Neuorganisation der städtischen Informations- und Telekommunikationstechnik – öffentlicher Teil“ (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 09982) vom 08.11.2017 ab)

Erläuterung:

Auf der Basis einer systematischen GPO und einer damit einhergehenden Digitalisierung werden mittel- bis langfristig bei einer Vielzahl von Fachaufgaben Kapazitäten eingespart werden können, die die Aufwände, die die Durchführung der GPO zunächst mit sich bringt, deutlich übertreffen werden. Aus gesamtwirtschaftlichen und organisatorischen Überlegungen führt an der Strategie, GPM intensiver als bisher und dazu flächendeckend zu betreiben kein Weg vorbei. Nur so können die LHM und in der weiteren Folge das POR auch in Zukunft eine moderne, leistungsfähige und den sich laufend ändernden finanziellen und personellen Rahmenbedingungen auch gerecht werdende Verwaltung vorhalten.

Derzeit spielt das GPM außerhalb von Einzelprojekten eine noch nachgeordnete Rolle. Entsprechend wenig Ressourcen werden vorgehalten.

Mit Beschluss vom 08.11.2017 wurden die Referate und damit auch das POR in die Pflicht genommen, sich künftig verstärkt dem GPM und der GPO zu widmen und dadurch Konsolidierungseffekte zu generieren und abzuschöpfen. Im Bewusstsein dessen, dass auch die im

POR vorhandenen Personalkapazitäten gebunden sind und allenfalls partiell für die referatsweite Umsetzung des GPM/der GPO zur Verfügung stehen, wurde es den Referaten zugleich anheim gestellt, durch entsprechende Prioritätensetzung oder auch Ressourcenausweitung auf die veränderten Anforderungen zu reagieren.

Auf Grund der Belastungssituation im Referat und der bestehenden Verpflichtungen als P und O-Querschnittsreferat scheiden neue Schwerpunktsetzungen bei unveränderten Kapazitäten für das POR aus. Dem Vortrag zum Beschluss vom 08.11.2017 folgend muss deshalb die Ressourcenausweitung als Lösungsalternative herangezogen werden.

2. Finanzielle Auswirkungen

2.1 konsumtiv

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	€
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	€
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.2 investiv	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)

geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	3	3 (befristet auf 5 Jahre ab Besetzung)	3. QE, VD
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	0		

4. Bemessungsgrundlage

Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:

Die Bemessung basiert auf qualifizierten Schätzungen, die auf den Erfahrungen zum GPM-Bedarf in den Großprojekten Aus- und Fortbildungsmanagement (AFS), E-Recruiting (e-rec) und Arbeitsschutzmanagementsystem (AMS) beruhen.

5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)

5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung: keine

5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:

Die einen noch wirtschaftlicheren Dienstbetrieb sichernden Potentiale, die deutlich über dem Ressourceneinsatz liegen sollten, können nicht gehoben werden. Die Grundsätze einer wirtschaftlichen und sparsamen Mittelbewirtschaftung wären dadurch im POR beeinträchtigt.

6. zusätzlicher Büroraumbedarf

6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: 4 (inkl. Teilzeit-Faktor)

Bedarf in qm: 44

6.2 Begründung/Berechnung:

3,0 VZÄ werden unter Berücksichtigung eines Teilzeitfaktors mit 4 Personen besetzt. Aus diesem Grund werden 4 Arbeitsplätze benötigt. Standard für 1 Arbeitsplatz sind 11 qm.